Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 62. — **Sonntag** den 3. März 1889. — **83. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, den 6. März 1889,
Abends 6½ Uhr,
im Saale der vormaligen Handelsbörse, am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Bericht des Stiftungs- und bez. Oekonomieausschusses über Specialbudget „Johannishospital" nebst I. Anhang, den alten und neuen Johannisfriedhof betr., und II. Anhang, die Heilanstalt Thonberg betr., jedoch mit Ausnahme von Pos. 19, 44, 45, 49 im Specialbudget „Johannishospital" des diesjährigen Haushaltplanes.

II. Bericht des Stiftungsausschusses über: Anstellung eines dritten Apothekenarbeiters beim städtischen Krankenhaus zu St. Jacob.

III. Bericht des Gas- und Finanzausschusses über: Errichtung bez. Dotirung einer Casse zur Unterstützung alter, arbeitsunfähiger Arbeiter der Gasanstalten.

IV. Bericht über Benutzung der alten Wache in der Schule zu Leipzig-Reudnitz unteren Theils als Laternenwärterraum und Anschaffung von Utensilien.

V. Bericht des Schulausschusses über: a. Errichtung neuer Lehrerstellen und Vermehrung der Unterrichtsstunden an den Volksschulen zu Leipzig-Reudnitz; b. Anstellung von Lehrkräften und Mobiliarbeschaffung für die Schule zu Leipzig-Anger-Crottendorf und Errichtung einer neuen Classe für die Fortbildungsschule daselbst.

VI. Bericht des Schul- und Bauausschusses über: a. Abrechnung über die Bau- und Einrichtungskosten der IV. Bürgerschule; b. Abrechnung über die Bau- und Einrichtungskosten der VII. Bürger- und VII. Bezirksschule; c. Abrechnung über den Erweiterungsbau der I. Bezirksschule.

VII. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über: a. Arealaustausch zwischen Theilen der Parzelle Nr. 271 für Gautzsch und der Parzelle Nr. 518 für Connewitz; b. Ankauf der Feldparzellen Nr. 617, 618, 619 des Flurbuchs für Tauch(a); c. Parzellirungsplan für das an das Areal der großen Funkenburg westlich angrenzende Areal der Stadt und des Georgenhauses; d. Parzellirungsplan für den Rest des Blocks zwischen Süd-, Kronprinz- und Kochstraße, auf welchem sich die VIII. Bezirksschule befindet.

VIII. Bericht des Finanz- und Schulausschusses über: Conto „Fortbildungs- und Bellschulen" Ausgaben Pos. 86 des Haushaltplanes des Stadtbezirks Leipzig auf das Jahr 1889.

IX. Bericht des Bau-, Oekonomie-, Finanz- und Verfassungsausschusses über: Parzellirungsplan und Bauvorschriften für das Areal des Georgenhauses und des früheren Grundstückes der Augenheilanstalt.

Bekanntmachung.

Auf sein Ansuchen ist
Herr Conrector Professor Dr. phil. **Heinrich Albert Julius Stürenburg**, Bismarckstraße 5, III.,
aus dem von ihm bisher bekleideten Amte eines Districts-Vorstehers im 17. B. Districte entlassen worden.

Wir sprechen ihm hiermit unseren Dank für die unserem Armenwesen gewährte Mitwirkung aus.

Leipzig, am 28. Februar 1889.

Das Armen-Directorium.
A. R. 188. Ludwig-Wolf. Arkus.

Bekanntmachung.

Durch das freundliche Entgegenkommen der Herren Kaufleute

Th. Parthey, Leipzig-Reudnitz, Constantinstraße 1,

und

C. Weinoldt, Leipzig-Reudnitz, Chausseestraße 27,

letztgenannter Herr zugleich betreffs seines **Filialgeschäftes**, Leipzig-Reudnitz, **oberer Theil**, äußere Hospitalstraße 8,

sind wir in den Stand gesetzt, von Montag, den 4. März dieses Jahres ab, für die angeschlossenen Orte Leipzig-Reudnitz, Anger-Crottendorf an den obengenannten 3 Orten **Annahmestellen für Arbeitsangebote für unsere Arbeitsnachweisungsanstalt** errichten zu können.

Die genannten Herren haben sich bereit erklärt, Angebote von Arbeit, welche an sie mündlich oder schriftlich gelangen, entgegen zu nehmen. Von dort werden wir diese Angebote des Tages zweimal abholen lassen, um sie den in unserer Arbeitsnachweisungsanstalt nach Arbeit nachfragenden Personen zustellen zu können.

An alle diejenigen Einwohner der einverleibten Orte aber, welche mit uns der schon oft ausgesprochenen Meinung sind, daß es besser ist, dem Armen Arbeit, als Almosen zu geben, richten wir ebenfalls das freundliche Ersuchen, uns durch recht ausgiebige Benutzung der von uns getroffenen Einrichtung in den Stand zu setzen, unsere obenausgesprochene Ansicht zur Thatsache zu machen.

Leipzig, den 28. Februar 1889.

Das Armendirectorium.
A. R. 148. Ludwig-Wolf. N.

Gesucht

wird der am 14. October 1852 in Leipzig geborene Markthelfer, beziehentlich Handarbeiter

Friedrich Anton Becker,

welcher zur Fürsorge für seine in hiesiger Waisenpflege befindlichen Kinder anzuhalten ist.

Leipzig, den 27. Februar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. IV. 656. Ludwig-Wolf. Heinichen.

Der gegen den Fleischer **Franz Julius Springer** aus Halle a/S. unterm 11. Februar cr. erlassene Steckbrief ist erledigt. (M. I. 148/89.)
Halle a/S., den 28. Februar 1889.
Königliche Staatsanwaltschaft.

Das 4. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 27. März ds. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1843 Gesetz, betreffend die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1888/89. Vom 18. Februar 1889.

Leipzig, den 27. Februar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Gewölbe-Vermiethung.

Im städtischen Grundstück **Windmühlenstraße Nr. 7** ist **ein Verkaufsgewölbe** mit zugehöriger Kellerabtheilung **von jetzt oder vom 1. April d. J.** ab gegen **einhalbjährliche Kündigung** und sonst unter den bei uns üblichen Bedingungen anderweit zu **vermiethen**.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause 1. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 1. März 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
. Ia. 1533. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Im Monat Februar dieses Jahres gingen bei dem unterzeichneten Armenamte ein:

30 ℳ — ₰	Geschenk für die Armen von Herren C. W. und J. W.	
11 „ 73 „	von der Fa. H., W. & Co. überwiesener Erlösüberschuß für derselben entwendete und versteigerte Objecte durch die Leihhausverwaltung hier.	
2 „ — „	Geschenk von B. H.	
3 „ — „	Sühne i. S. F. B. H. ⁄. G. D. durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Zehme II.	
30 „ — „	Sühne i. S. S. ⁄. W. durch die Post eingeg.	
20 „ — „	„ „ „ P. C. u. F. M. ⁄. A. H. B.	durch Herrn Friedensrichter Seidemann.
3 „ — „	„ „ „ H. L. ⁄. C. R.	
15 „ — „	„ „ „ C. R. ⁄. H. W.	durch Herrn Friedensrichter Fecher.
20 „ — „	„ „ „ M. L. ⁄. G. W.	
3 „ — „	„ „ „ M. W. ⁄. C. F. R.	
10 „ — „	„ „ „ A. H. ⁄. B. B.	
5 „ — „	„ „ „ C. R. ⁄. W. T.	

152 ℳ 73 ₰ Summa,

worüber hierdurch dankend quittirt wird

Leipzig, den 1. März 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Schicker.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Robert Heffel**,
Leipzig-Anger-Crottendorf, Albertstraße Nr. 31,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 1. März 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 1190. Dr. Georgi. Wolfram.

Bekanntmachung.

Der am 12. Mai 1859 in Lindenau geborene, unter Polizeiaufsicht gestellte Handarbeiter Georg Max **Möbius** hat sich dieser Aufsicht entzogen und treibt sich vermuthlich arbeitslos umher.

Wir ersuchen, auf gedachten Möbius zu fahnden, denselben im Betretungsfalle zu verhaften und uns schleunigst Mittheilung zugehen zu lassen.

Leipzig, am 26. Februar 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
II. 1084. Bretschneider. Feldtz.

Bekanntmachung.

Die im Lazareth-Haushalt sich ergebenden Küchenabfälle an Spülicht, Kartoffelschalen, Knochen, Brodreste, sowie Füllungen zurückgelegter Strohsäcke sollen für die Zeit vom 1. April 1889 bis Ende März 1890 unter den zur Einsicht und Unterschrift ausliegenden Bedingungen für das Meistgebot vergeben werden.

Verschlossene Offerten mit dem Vermerk „Küchenabfälle" sind bis 8. März c. Vormittags 10 Uhr portofrei anher einzusenden.

Leipzig, am 2. März 1889.

Königliches Garnison-Lazareth.

I. Vieh- und Krammarkt
zu Lindenau bei Leipzig
Dienstag und Mittwoch, den 19. u. 20. März 1889.

Buden und Stände sind im eigenen Interesse der Veranten thunlichst vorher anzumelden.

Der Gemeinderath.
Curd.

Die Auflösung der Patriotenliga.

Das Ministerium Tirard überrascht Frankreich und die Welt durch sein energisches Auftreten gegen die Patriotenliga und hat durch die Auflösung der Liga Wirkungen erzielt, die außerordentlich genannt werden müssen. Die republikanischen und conservativen Zeitungen begrüßen die Maßregel beifällig, die Börse beantwortet sie mit einer Hausse, und die Anhänger Boulanger's stehen kleinlaut und gedrückt vor einer Wandlung der Lage, welche sie nicht für möglich gehalten hätten. Am 27. Januar wurde Boulanger mit 240 000 Stimmen zum Abgeordneten des Seine-Departements gewählt, und an diesem Erfolg hatte die Patriotenliga einen bedeutenden Antheil; heute, nur einen Monat später, erklärt sich die öffentliche Meinung in der französischen Hauptstadt gegen die Liga, obwohl sie das allgemein in Frankreich verurtheilte Vorgehen des Ministeriums Floquet gegen Aschinow öffentlich tadelt und eine Sammlung für die Familien der bei Sagallo getödteten und verwundeten Russen eröffnet. Das sind Widersprüche, für die uns das Verständniß fehlt, noch weniger aber vermögen wir zu begreifen, daß die erklärten Feinde Boulanger's, die gemäßigten und radicalen Republikaner mit den Conservativen, den Freunden und Förderern der boulangistischen Bewegung, sich zum Lobe der Regierung für ihr energisches Vorgehen gegen die Liga vereinigen.

Sehr lehrreich für das Verständniß der gegenwärtigen Zustände in Frankreich war der Verlauf der Kammersitzung vom 28. Februar. Ein radicaler Abgeordneter Hubbard erhob sich, um die staatsfeindlichen Elemente der Bevölkerung zu tadeln, welche den Fall Aschinow ausbeuteten, um gegen Frankreich und dessen Regierung einen beklagenswerthen Mangel an Vaterlandsliebe zu zeigen. Der neue Minister des Auswärtigen, Spuller, sprach Hubbard seinen Dank dafür aus, daß er ihm Gelegenheit biete, Rußland einen Beweis herzlichster Sympathie seitens der französischen Regierung und des französischen Volkes von der Tribüne des Parlaments herab zu geben. Darauf machte Cassagnac den schüchternen Versuch, dem Jubel der Republikaner durch die Bemerkung Einhalt zu thun, daß man besser gethan hätte, diesen Beweis nicht durch Kanonenkugeln zu geben, und der Boulangist Heriffe nahm seine Gesinnungsgenossen gegen den Vorwurf des mangelnden Patriotismus in Schutz. Damit war man an einem Wendepuncte angekommen, welchen die Rechte benutzte, um die aus dem Stegreif gethanen Aeußerungen des Abgeordneten Hubbard in die parlamentarische Form der Interpellation zu bringen. Floquet, der frühere Ministerpräsident, eignet sich den Antrag der Rechten an und verlangt dessen sofortige Berathung, mit welcher sich Spuller unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß die Sache damit endgiltig begraben sei.

Spuller, der gegenwärtige Minister des Auswärtigen, räumte jetzt seinem Vorgänger Goblet den Platz, und dieser hielt zu einem Hymnus auf Rußland aus, dessen Hauptpfeffer in den Worten enthalten war: „Rußland hat verschiedene Pfänder seiner Freundschaft für Frankreich gegeben." Schließlich forderte er die Kammer auf, zu zeigen, wie sehr Frankreich Rußland zugethan sei. Nach dieser Huldigung für Rußland wurde die Probe gemacht, ob die Kammer mit der Regierung im Puncte der Sympathie für Rußland einig sei, und diese Probe gelang in der überraschendsten Weise. Delafosse, welcher eine Tagesordnung in folgender Fassung vorschlug: „Die Kammer bedauert die Ueberstürzung der französischen Regierung in dem Falle Aschinow u. s. w.", blieb damit in der Minderheit, das gleiche Schicksal hatte Cassagnac mit seinem Vorschlage: „Die Kammer drückt der russischen Regierung ihre Sympathie aus u. s. w." Dagegen fand die Tagesordnung des Deputirten Reache: „Die Kammer schließt sich dem von der Regierung für Rußland ausgedrückten Gefühl der Sympathie an und geht zur Tagesordnung über", allseitige Zustimmung und wurde unter dreifacher Beifallssalve zum Beschluß erhoben.

Wir haben hier wieder einen jener Vorgänge vor uns, welche in Frankreich so oft allen Berechnungen gespottet haben. Die Interpellation wegen des Falles Aschinow war ursprünglich in einem der Regierung feindlichen Sinne gemeint, die äußerste Linke, die Rechte und die Boulangisten begegneten sich in dem Streben, die Regierung, welche russisches Blut vergossen hatte, als im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung Frankreichs befindlich zu erweisen. Das hätte aber nur geschehen können durch die Mehrheit einer Kammer, welche von den Tadlern der Regierung stets als Organ der öffentlichen Meinung zurückgewiesen worden war. Streng genommen durfte deshalb Delafosse so wenig die Kammer auffordern, der Regierung ihr Mißfallen wegen des Vorgehens gegen Aschinow auszudrücken, wie das von Seite Cassagnac's geschehen durfte. Aber im Laufe der Sitzung kam das richtige Gefühl zum Durchbruch, daß Frankreich in dieser Angelegenheit dem Ausland gegenüber als geeinigtes Ganze gegenübertreten müsse, daß die Regierung in diesem Falle an der Kammer den naturgemäßen Rückhalt finden müsse. Demgemäß wurden die Parteistandpuncte eines Delafosse und eines Cassagnac verworfen, es wurde auch die Scheidewand niedergerissen, welche das neue Ministerium von dem abgetretenen trennt. Die Kammer erklärte sich nicht nur mit dem Ministerium Tirard, sondern auch mit dem Ministerium Floquet in der Sache Aschinow solidarisch, und dieser patriotische Gefühlsausbruch theilte sich auch der Presse mit; die republikanischen Blätter erschienen plötzlich an der Seite der monarchistischen, um der Regierung für ihr thatkräftiges Vorgehen gegen die unpatriotische Handlungsweise der Patriotenliga ihre Zustimmung auszudrücken.

Dieser Vorgang ist echt französisch, obwohl er vor dem Richterstuhl des nüchternen Verstandes nicht bestehen kann. Die Patriotenliga hatte ihre Rechnung ohne Rücksicht auf die Sprünge und Aufwallungen gemacht, deren das erregte französische Nationalgefühl fähig ist. Goblet hatte einen Fehler begangen, aber dieser Fehler war ausgeglichen durch die freundliche Beurtheilung, welche er auf Seiten der russischen Regierung gefunden hatte. Die Kammer konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß sowohl das Ministerium Floquet, als das Ministerium Tirard die freundschaftlichsten Gesinnungen gegen Frankreich gehegt haben und noch hegen, und deshalb mußten beide Factoren der republikanischen Regierung ihre volle Einigkeit der russischen Regierung gegenüber darthun. Das ist durch die einstimmige Annahme der Tagesordnung Reache's geschehen, und dadurch war zugleich die Patriotenliga, welche den entgegengesetzten regierungsfeindlichen Standpunct vertritt, abgethan. Unter anderen Umständen würde die Auflösung der Liga sicher einen Sturm von Entrüstung erregt haben, Boulanger hätte einen neuen willkommenen Anlaß gefunden, um seinen Einfluß zu erhöhen und seine Freunde zu beunruhigen. Heute ist die Lage für ihn entschieden ungünstig, ein Manifest, welches den Standpunct der Liga vertheidigt, würde kaum die gehoffte Wirkung haben, vielleicht sogar die entgegengesetzte. Es bleibt abzuwarten, wie sich Boulanger der veränderten Lage gegenüber verhalten und ob die augenblickliche dem Ministerium Tirard geneigte Stimmung vorhalten wird. Bei der bekannten Wandelbarkeit der öffentlichen Meinung in Frankreich ist das nicht anzunehmen.

Leipzig, 3. März.

* Wie schon kurz erwähnt, wird der Kaiser Ende August den großbritannischen Hof besuchen. Der Besuch wird vermuthlich den Kaiser-Manövern unmittelbar vorhergehen. — Wie es weiter heißt, wird der Besuch des Kaisers Alexander noch in der zweiten Hälfte dieses Monats erwartet. Ueber den Ort der Zusammenkunft sind noch keine endgiltigen Bestimmungen getroffen; die Wahl schwebt zwischen Berlin und Kiel. Der König Humbert wird den Besuch des Kaisers erst nach dessen Uebersiedelung nach Schloß Friedrichskron erwidern.

* Die Ernennung des Unterstaatssecretairs von Puttkamer zum Staatssecretair von Elsaß-Lothringen wird möglicherweise noch weitere Veränderungen im reichsländischen Ministerium zur Folge haben. In einer anscheinend officiösen Correspondenz des „Hannoverschen Courier" wird die Nothwendigkeit betont, daß der neue Staatssecretair den politischen Angelegenheiten des Landes seine eingehendere Aufmerksamkeit und Thätigkeit widme, selbst wenn dabei die bestehende Ressorteintheilung nicht beibehalten werden könne. Es scheinen hiernach, wie die „Straßburger Post" meint, zwei Pläne erwogen zu werden. Der eine würde dahin gehen, durch eine Veränderung der Abtheilungen dem Staatssecretair die Verwaltung des Innern zu übertragen; in diesem Falle würde also genau dasjenige Verhältniß wieder herbeigeführt, welches im Ministerium vom Abgange des Unterstaatssecretairs v. Pommer-Esche bis zum Abgange des Staatssecretairs v. Hofmann bestand. Der andere Plan würde dahin gehen, den Staatssecretair wieder, wie ursprünglich beabsichtigt, ohne Abtheilung zu lassen. In diesem Falle würde das bisher von Herrn v. Puttkamer verwaltete Unterstaatssecretariat neu besetzt werden müssen. — Zur Kenntniß des Lebenslaufs des neuen Staatssecretairs mögen folgende Angaben dienen:

Der Staatssecretair des Reichslandes Wirklicher Geheimrath v. Puttkamer ist am 28. Juni 1831 auf Groß-Nossin in Pommern geboren, also jetzt 57 Jahre alt. Nachdem er in Bonn und Berlin die Rechte studirt hatte und als junger Beamter bei verschiedenen Gerichten thätig gewesen war, wurde er im Jahre 1861 als Kreisrichter in Fraustadt (Posen) angestellt und zehn Jahre später, im Jahre 1871, zum Appellationsgerichtsrath in Colmar ernannt. Im Jahre 1877 wurde er Generaladvocat in Colmar (diese Stellung entspricht der des jetzigen Staatsanwaltes beim Oberlandesgericht) und im Jahre 1879, gelegentlich der Neubildung der reichsländischen Verhältnisse, Unterstaatssecretair im Ministerium und Leiter der Abtheilung für Justiz und Cultus, Gefängnißwesen u. s. w. Seit 1881 ist er stellvertretender Bevollmächtigter beim Bundesrath, seit 1886 außerdem noch mit der stellvertretenden Wahrnehmung der Geschäfte des seit Herrn v. Hofmann's Ausscheiden nicht wieder besetzten Staatssecretariats beauftragt gewesen; seither ist er auch oberster Chef der Unterrichtsverwaltung. Außer seiner Thätigkeit als Beamter hat Herr von Puttkamer in früheren Jahren eine lebhafte politische Thätigkeit entwickelt. Der Kreis Fraustadt wählte ihn 1867 in den Reichstag und ins Abgeordnetenhaus. Aus dem letzteren schied er 1871 bei seinem Uebertritt in den Reichsdienst aus, während er dem ersteren bis 1881 angehörte, wo er dem Polen von Chlapowski unterlag, der nach überaus heftigem Wahlkampfe mit 5386 Stimmen als Sieger aus der Urne hervorging, während der bisherige Vertreter des Kreises, der seit 1867 im ununterbrochenen Besitz des Mandats gewesen und, trotzdem letzteres in Folge der Bestrebungen des Inhabers wiederholt erlisch, stets wiedergewählt worden war, es nur auf 4244 brachte. Von Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn bis zum 12. Juli 1879 hatte Puttkamer der nationalliberalen Fraction angehört; er schied mit 862 und anderen Genossen aus derselben aus, weil er die ablehnende Haltung der Fraction gegenüber der Zollvorlage nicht theilen konnte.

* Zum Präsidenten des Kammergerichts an Stelle des jetzigen Staatssecretairs des Reichsjustizamts v. Oehlschläger soll nach einer Meldung eines rheinischen Blattes der Oberlandesgerichtspräsident v. Kunowski in Breslau bestimmt sein. Herr v. Kunowski war viele Jahre hindurch Rechtsbeistand des Herzogs von Ratibor.

* Aus Eisenach, 28. Februar, wird uns geschrieben: In der gestern Abend abgehaltenen Versammlung des Nationalliberalen Reichsvereins behandelte Redacteur M. Beltz in klarer und geschickter Weise das Thema: „Deutschlands politische Parteien in der Gegenwart." In der Einleitung seines Vortrages legte er dar, daß sich die politischen Parteien entwickeln aus den verschiedenen Auffassungen, welche über die verschiedenen Bedürfnisse des Staates möglich sind, und betonte, daß Parteibildung nicht eine Krankheit des Staatslebens ist, sondern sich vielmehr als nützlich und nothwendig erweist. Wir haben in Deutschland eine Mehrheit von Parteien, nicht blos eine einzige, und das ist ein Glück, denn hierdurch ist Veranlassung gegeben, daß über die einzelnen Bedürfnisse des Staates eingehend debattirt wird und die hierauf abzielenden Vorlagen der Regierungen in den Volksvertretungen nach allen Richtungen hin erörtert werden zum Wohl des Ganzen. Jeder denkende Mann, der sich mit Politik beschäftigt, wird einen gewissen Standpunct zu den Dingen des Staats einnehmen und sich meist dieser oder jener Partei anschließen. Er hat die Wahl zwischen mehreren Arten der Parteien; da sind zunächst die religiös-politischen, wie die katholisch-ultramontane und die protestantisch-orthodoxe; dann giebt es Parteien, die sich auf verschiedene Länder, Nationen, oder Stämme stützen (Polen, Welfen, Dänen, Elsaß-Lothringer); die dritte Art der Parteien bildet sich nach den Ständen (Adel, Bürger, Bauern, Clerus); weiter: die Regierungs- und die Oppositionspartei, deren erstere der Regierung durch Dick und Dünn folgt, während die zweite der Regierung Opposition auf jeden Fall macht; als letzte Art und die für den Vortrag am meisten in Frage kommende nennt Redner die rein politischen Parteien, die nur durch wirklich politische Principien geleitet werden und nicht ihre Bestimmung aus religiösen, ständischen, landsmannschaftlichen und sachlichen Gegensätzen herleiten. — Es würde zu weit führen, der nun folgenden Besprechung der einzelnen Parteien im deutschen Reiche hier näher zu treten; hervorheben wollen wir nur, daß Redner durch schlagende Beispiele an einzelnen Vorgängen der inneren Politik zeigte, wie stark der deutsche Freisinn, welcher sich als die einzige wahre liberale Partei aufzuspielen beliebt, dem Radicalismus zuneigt. Zum Schluß zog er noch eine Zeitungsnotiz an, welche beweist, wie sehr die freisinnige Partei bereits im Radicalismus drinsteckt. Danach hat nämlich eine deutschfreisinnige Vertrauensmänner-Versammlung in Chemnitz thatsächlich offene Unterstützung der Socialdemokratie beschlossen. Das sollte doch dem ehr- und arbeitsamen Bürger, der nach dem Muster der Richter'schen „Freisinnigen Zeitung" und „Volkszeitung" auf der Bierbank mehr aus liebgewordener Gewohnheit denn aus wahrer Ueberzeugung oder Böswilligkeit auf Gott und alle Welt schimpft, die Augen öffnen! — Redner schloß seinen anderthalbstündigen Vortrag mit den Worten: Wir sind nationalliberal und schaaren uns treu um das Banner unserer Partei, doch über der Partei steht uns das Vaterland, denn die Partei ist des Vaterlandes wegen da, nicht das Vaterland der Partei wegen. Unser Losungswort, heute und immerdar, es heißt: „Für Kaiser und Reich allerwege!" — Nachdem vom Vorstandstisch noch mitgetheilt, daß dem in Kürze scheidenden Führer der thüringischen Nationalliberalen, Prof. Dr. Gg. Meyer, von den Jenaer Parteigenossen zum Zeichen allgemeiner Achtung und Verehrung zur bleibenden Erinnerung in einem Commerse eine Ovation dargebracht werde, wurde ein Begrüßungstelegramm beschlossen und in folgender Fassung abgesandt: „Willkommens Meyer-Jena. Der heute versammelte Reichsverein zu Eisenach sendet dem wackeren Vorkämpfer der nationalliberalen Partei Thüringens herzlichsten Gruß."

* *
*

* Aus Wien, 1. März, wird gemeldet: „Abgeordnetenhaus. Bei der Berathung des Budgets räumt Plener eine entschiedene Besserung der Finanzen ein, obwohl der Ertrag der Branntwein- und Zuckersteuer zu hoch präliminirt sei. Redner richtet an die denkenden Politiker der Slavenpartei einen dringenden Appell, im weiser, nationaler Selbstbeschränkung Aspirationen aufzugeben, die mit dem Bestande der Zukunft Oesterreichs unvereinbar seien, so lange Deutsche, die unerschüttert bleiben, zu dauernder Opposition genöthigt wären. Nachdem noch der Finanzminister, worauf die Generaldebatte geschlossen wurde. Herbst und Hausner wurden zu Generalrednern gewählt."

SLUB
Wir führen Wissen.